

Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.06.2025
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:11 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Oberbürgermeister

Kruihoff, Tim

Oberbürgermeister

Vorsitzender

Ohling, Albert

SPD-Fraktion

Arends, Matthias

Davids, Walter

Götze, Horst

Kruse, Detlef

Kruse, Doris

Noetzel, Sabine

Rehling, Gertrud

Rosema, Swantje

(bis 20:58 Uhr)

Stomberg, Holger

ten Hove, Andreas

Wilts-Heuse, Amke

Winter, Maria

CDU-Fraktion

Gröttrup, Bernd

Heidrich, Wolfram

Held, Wilke

Risius, Andrea

Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Borchers, Sebastian

Göring, André

Marsal, Andrea

stv. Vorsitzende

Meyering, Johannes

Nützel, Christian

Ouedraogo, Abdou

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

Eilers, Hillgriet

Meyer, Henning

von Gliszczynski, Alexander

Niederschrift über die Sitzung des Rates

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen

Janssen, Bernd

Martens, Michael

Müller, Horst

(bis 20:53 Uhr)

Fraktion DIE LINKE.

Luitjens, Stefan

Mennenga, Lars

(bis 20:58 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Grendel, Volker

Krantz, Irina

Erster Stadtrat

Stadtrat

Stadtbaurätin

von der Verwaltung

Philipps, Gaby

Dayi, Evin

Protokollführung

Jetses, Karin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ohling eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Im Anschluss daran gedenkt der Rat dem Tod von **Herrn Hermann Züchner**, verstorben am 24.05.2025, und dem Tod von **Herrn Ludwig Hemken**, verstorben am 10.06.2025.

Herr Züchner sei von 1991 bis 1996 für die SPD und danach bis 2003 für das Bündnis 90/Die Grünen Mitglied im Rat der Stadt Emden tätig gewesen. Besonders wichtig sei ihm die Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Rechnungsprüfungsausschuss gewesen, dem er als Vorsitzender vorgestanden habe.

Der ehemalige Kämmerer, **Herr Ludwig Hemken**, sei am 01.11.1956 in den Dienst der Stadt Emden eingetreten und später u. a. Amtsleiter der ehemaligen Kämmerei geworden. Ab 1989 sei er auf Beschluss des Rates zum Stadtkämmerer ernannt worden. 1994 hätte er als Stadtdirektor und wenig später als erster Stadtrat die Stellvertretung des Oberbürgermeisters übernommen. Am 01.06.2001 sei er in den Ruhestand eingetreten. Ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein hätten ihn ausgezeichnet.

Das Mitgefühl des Rates gelte den Familien der Verstorbenen. Zu Ehren der Verstorbenen legt der Rat eine Schweigeminute ein.

Er informiert, es seien heute die Zeitschrift „10 Jahre Masterplan Ems“ und der Zahlenspiegel der Stadt Emden an die Ratsmitglieder verteilt worden.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Danach gratuliert er **Herrn Henning Meyer** und **Herrn Sebastian Borchers** zu deren 40. Geburtstagen.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ohling informiert, TOP 22, Vorlage 18/1605 „Bebauungsplan A 14, 2. Änderung „Neuer Markt“ werde von der Tagesordnung abgesetzt. Diese Vorlage sei bereits in der VA-Sitzung am 16.06.2025 beschlossen worden.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 18 über die Sitzung des Rates am 06.02.2025 -
 öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Rates am 06.02.2025 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 19 über die Sitzung des Rates am 20.03.2025 -
 öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Rates am 20.03.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Ohling bittet um einen respektvollen Umgang mit den Rednern.

Frau Zerrin Mentjes stellt folgende Fragen:

- a) Warum stimmt der Rat über etwas ab, was lt. Verwaltung ohnehin vom Land vorgegeben ist?
- b) Wer übernimmt die Verantwortung, wenn nachts oder am Wochenende durch die neuen Strukturen Notfälle nicht mehr rechtzeitig versorgt werden können?
- c) Wie werten Sie die Aussage „Erst versprechen und dann brechen“ im Hinblick auf Ihre Glaubwürdigkeit als Volksvertreter?
- d) Sprechen Sie überhaupt noch für Ihre Wähler?

Sie teilt mit, dass sie heute bezüglich des Beschlusses und des Bürgerentscheides Beschwerde beim Kommunalen Aufsichtsamt eingelegt habe.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Herr Grendel antwortet, die Verwaltung hätte sich ganz bewusst dazu entschieden, diesen Beschluss pro aktiv ins Gremium zu geben, nachdem in der Klausurtagung des Rates diese Thematik vorgestellt worden sei. Man hätte sicherlich auch warten können, bis im Herbst 2025 das Gesetz verabschiedet worden sei. Die Verwaltung hätte damit aber die öffentliche Diskussion „unter den Tisch gekehrt“. Deswegen hätte die Stadt Emden sich bewusst dazu entschieden, den Beschluss zu verändern und diese Diskussion zu führen.

Zu Ziff. b):

Die Verwaltung hätte versucht, im Fachausschuss darzulegen, dass am Ende das stationäre Krankenhaus der finale Anlaufpunkt in der Versorgungskette sei. Die Erstversorgung passiere durch den Rettungsdienst. Viel entscheidender als der Fahrtweg, die Fahrstrecke und die Fahrzeit zum Krankenhaus sei die Fahrstrecke und die Fahrzeit des Rettungsdienstes, bis dieser beim Einsatzort angekommen sei. Er weist darauf hin, dass die Rettungsdienstfahrzeuge vollumfänglich ausgestattet seien. Sie könnten sofort eine Notfallversorgung vor Ort übernehmen. D. h., ein Patient sei in einem entsprechend ausgestatteten Rettungswagen zumindest zur Lebenserhaltung fast ebenso gut versorgt wie in einem Krankenhaus. Im Krankenhaus müsse dann eine weitergehende Ursachenforschung einsetzen. Dafür gäbe es eine grundsätzliche Fahrzeitempfehlung von 30 Minuten für die Erreichbarkeit des Klinikums. Der eigentliche kritische Faktor sei jedoch die Zeit, bis der Rettungsdienst beim Patienten angekommen sei.

Ziff. c):

Herr Grendel weist darauf hin, dass die Verantwortlichen, die seinerzeit über den Bürgerentscheid entschieden hätten, nicht mehr unmittelbar befragt werden könnten. Er selbst könne auf diese Frage, die an die Politik gerichtet worden sei, leider keine Antwort geben.

Frau Nicole Pommer-Karp fragt Folgendes:

- a) Wurde damals gelogen?
- b) Ist jedem Ratsmitglied, das heute vorhat, für die Schließung des Emdener Krankenhauses zu stimmen, klar, dass auf diese Art und Weise, die AfD noch mehr Stimmen bekommt, weil wieder einmal BürgerInnen belogen und betrogen wurden und sich auch dementsprechend fühlen?
- c) Was haben Sie vor, damit BürgerInnen, die nicht mobil sind, nicht vereinsamen, wenn sie im Zentralklinikum liegen?

Herr Grendel weist darauf hin, dass ein Notfalltransport aus verkehrlicher Sicht Sonderrechte habe und somit keine Probleme haben werde, das Zentralklinikum in der vorgegebenen Fahrzeit (30 Minuten) zu erreichen. Er weist darauf hin, dass die Straße 8 m breit sei und somit für ein Rettungsfahrzeug kein Problem darstelle.

Anschließend nimmt er Bezug auf das von Frau Pommer-Karp erläuterte Problem der Besucherverkehre. Tatsächlich werde es wahrscheinlich von Borssum aus über den ZOB Emden 1 – 1 ½ Stunden dauern, um das Zentralklinikum zu erreichen. Er möchte aber daran erinnern, dass der ÖPNV in den fünf Jahren bis zur Inbetriebnahme des Zentralklinikums noch verbessert werden könne. Aber eine Fahrzeit von bis zu einer Stunde werde man sicher „in Kauf nehmen müssen“, um als BesucherIn das Zentralklinikum über den ÖPNV zu erreichen. Er möchte aber daran erinnern, dass für andere Kliniken, die weiter entfernt lägen, auch heute schon Fahrzeiten von ca. einer Stunde akzeptiert würden.

Anschließend geht er näher auf das ÖPNV-Konzept ein, mit dem sich bereits verschiedene Träger beschäftigten. **Herr Graf** verweist auf das Zitat von Herrn Balster in der Presse mit dem Wortlaut „Nimm‘ ein Taxi, Oma!“. Dabei sei es um die Frage gegangen, wie man das

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Zentralklinikum zukünftig erreiche. Dies hätten die Menschen mit Teilhabeeinschränkungen als Diskriminierung empfunden. Er fragt, ob diesbezüglich noch eine Entschuldigung der Verwaltung zu erwarten sei. **Herr Kruithoff** erwidert, er hätte mit Herrn Balster über das o. g. Zitat gesprochen. Herr Balster hätte dies nicht despektierlich oder in irgendeiner Weise herabwürdigend gegenüber Seniorinnen und Senioren gemeint. Im Gegenteil, er habe das Bild einer Diskussionspartnerin aufgenommen, die immer davon sprach, dass „Omas“ dann nicht mehr zum Klinikum kommen könnten. Abschließend macht Herr Kruithoff deutlich, dass auch ihn diese Wortwahl irritiere und er sie für unangemessen halte.

Herr Graf fragt anschließend, wie jemand die Fahrtkosten nach Uthwerdum bezahlen solle, der eine Grundsicherung erhalte. Er weist darauf hin, dass die Krankenkasse diese Kosten nicht ersetze. **Herr Grendel** antwortet, Notfalleinsätze würden grundsätzlich von der Krankenkasse gezahlt. Momentan gäbe es den Bereitschaftsdienst noch an den drei bekannten Standorten. Dies könne sich aber ändern, wenn die integrierten Notfallzentren an den Kliniken eingerichtet würden und die Bereitschaftspraxen nicht mehr aufgesucht werden müssten. Man könne dann im Grunde genommen über einen Anruf eine telemedizinische Beratung erhalten. Kleinere Probleme könnten dort direkt abgeklärt werden, z. B. wenn es um eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung oder um ein Rezept ginge. Dies sei nicht zwingend eine Videoschaltung, sondern ginge auch allein über das Telefon, so dass auch ältere Menschen dies bedienen könnten.

Sollte in dem Erstkontakt der Eindruck entstehen, dass der Patient einen Hausbesuch benötige, dann werde ein entsprechendes geschultes Personal dort hingeschickt. Es würde dann eine Vor-Ort-Klärung des Sachverhaltes vorgenommen. Je nach Einschätzung der kundigen Person vor Ort könne in der Folge durchaus auch ein Rettungsdienstfahrzeug alarmiert werden, wenn dies notwendig erscheine. Wenn kein Rettungsdienst, aber ein Arzt erforderlich sei, werde anschließend ein Arzt diesen Patienten aufsuchen. Der Patient müsse in solchen Fällen nicht mehr zur Bereitschaftspraxis fahren. Man gehe nach den derzeitigen Erkenntnissen davon aus, dass man bis zu 70 % der Patienten über diese telemedizinische Beratung bzw. über den ersten Besuch (nicht-ärztliches Personal) bewältigen könne. Die Methodiken und die technischen Möglichkeiten würden sicherlich in den nächsten fünf Jahren, bis das Zentralklinikum fertiggestellt sei, auch noch ausgeweitet, so dass gerade ältere Menschen nicht mehr den Weg zur Bereitschaftspraxis und später zum Zentralklinikum auf sich nehmen müssten. Wenn es sich tatsächlich um einen Notfall handle, wo der Rettungsdienst alarmiert werde, sei dies natürlich über die Kostenträger abgedeckt. Der Rettungsdienst bringe diese Person dann auch zum Krankenhaus.

Es müsste allerdings noch eine Lösung für den Fall gefunden werden, wenn jemand vermeintlich, weil er schwer erkrankt sei, mit dem Rettungsdienst zum Krankenhaus gebracht werde, die Untersuchung aber ergebe, dass dieser Patient nicht stationär aufgenommen werden müsse. Diese Person könnte anschließend nicht mit dem Rettungsdienst wieder nach Hause gebracht werden. Hierfür müsse entweder eine gute ÖPNV-Verbindung oder eine andere Lösung erarbeitet werden.

Auf eine Nachfrage von **Herrn Graf** erwidert **Herr Grendel**, wenn der Hausarzt nicht verfügbar sei und die erkrankte Person niemanden habe, der eine fachärztliche Erklärung abgeben könne und sie ein Krankenhaus aufsuche, dann sei dies die eigene Entscheidung dieser Person. Wenn es dann nicht zu einer stationären Aufnahme komme, könne es tatsächlich sein, dass die Fahrtkosten nicht erstattet würden. Wenn es jedoch eine entsprechende Diagnose gäbe (z. B. ein Armbruch) würden diese Kosten selbstverständlich von der Krankenkasse übernommen.

Ein Bürger erläutert, er wohne in Petkum und benötige mindestens 30 Minuten zum Zentralklinikum. Er fragt, wann sich jemand Gedanken über die Verkehrsinfrastruktur machen möchte. **Herr Grendel** antwortet, momentan werde eine im Stadtteil Petkum mit Brustschmerzen

Niederschrift über die Sitzung des Rates

erkrankte Person in der Regel zunächst in das Emden Klinikum gefahren. Wenn sich dort ein Verdacht auf einen Herzinfarkt ergebe, werde diese Person in das auf diese Erkrankungen spezialisierte Auricher Klinikum weitertransportiert. Bei dem Schlaganfall sei es umgekehrt: Dann werde eine Person aus Aurich zunächst in das Auricher Klinikum eingeliefert und anschließend – wenn sich der Verdacht auf einen Schlaganfall bestünde – in die Stroke Unit des Emden Klinikums gebracht.

Er weist darauf hin, dass sich die einzelnen Krankenhäuser auf bestimmte Erkrankungen spezialisiert hätten. Jetzt würden diese Spezialgebiete im Zentralklinikum in Uthwerdum zusammengeführt und damit würde man am Ende einen Ausbau des Leistungsspektrums erreichen. Dies sei ein großer Vorteil, denn nach der Anamnese hätte man nur noch kurze Wege, um die tatsächliche Behandlung einzuleiten.

Herr Schmidt verweist auf den Bürgerentscheid. Es sei seinerzeit über den Bau des Zentralklinikums unter der Bedingung abgestimmt worden, dass eine Notfallversorgung in Emden bleibe. Er möchte wissen, wie viele RTWs nach dem Bau des Zentralklinikums zum Einsatz kommen werden. Herr Eppmann hätte seinerzeit zugesagt, die Intensivstation auf Rädern einsetzen zu wollen. **Herr Kruithoff** antwortet, der Bürgerentscheid sei nach wie vor gültig. Er sei unter gültigen Bedingungen geschlossen worden, aber das, was der Bürgerentscheid seinerzeit vorgesehen hätte, sei heute, weil sich die Rahmenbedingungen verändert hätten, nicht mehr umsetzbar. Man hätte sich auch auf den Standpunkt stellen können, dass die 24/7-Notfallversorgung über die Zentralklinik gewährleistet sei. Aber der Verwaltung sei bewusst, dass seinerzeit ein anderes Versprechen gegeben worden sei und dies auch anders diskutiert worden sei.

Ein weiterer Bürgerentscheid sei heute rechtlich ebenfalls nicht mehr möglich. Das Land Niedersachsen habe auch aufgrund der Erfahrungen, die hier in Emden gemacht worden seien, sich dazu entschieden, diese Möglichkeit nicht mehr zu geben. Das legitimierte Gremium, welches den Bürgerentscheid aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen konkretisieren könne, sei der Rat der Stadt Emden.

Herr Grendel ergänzt, im Jahr 2024 seien fünf neue Rettungsfahrzeuge beschafft worden. Zwei Fahrzeuge ständen noch aus. Dazu werde im Jahr 2026 noch ein Notarzteinsatzfahrzeug beschafft. Anschließend geht er näher auf das gängige Verfahren bei Rettungseinsätzen ein. Er betont, in den Rettungsfahrzeugen seien alle lebensrettenden Instrumentarien vorhanden (z. B. ein Beatmungsgerät usw.)

Herr Lübking beklagt, dass die BürgerInnen in der heutigen Ratssitzung nicht ausreden dürften. Herr Ohling sei ihnen schon ein paarmal ins Wort gefallen. **Herr Ohling** verweist auf § 7 (2) der Geschäftsordnung des Rates: „Jede Einwohnerin und jeder Einwohner kann Fragen zu Beratungsgegenständen der Tagesordnung stellen“. Er weist Herrn Lübking darauf hin, dass er mit einem Statement angefangen sei. Er könne jetzt seine Frage stellen. **Herr Lübking** verzichtet auf eine Frage.

Herr Baumfalk fragt, ob versichert werden könne, dass die Einsätze im Rettungswagen nicht viel schlechter seien als in der Notfallstation. **Herr Grendel** verweist auf das Qualitätsmerkmal „Hilfsfrist“, die besage, dass 95 % der Patienten in einer definierten Zeit erreicht werden müssten. In der Stadt Emden liege diese mit sechs Minuten deutlich unter dem, was gesetzlich vorgegeben sei. Diese Hilfsfrist werde sich auch mit der Inbetriebnahme des Zentralklinikums nicht verändern. Er verweist auf die baldige Fertigstellung des Bedarfsplans, der den Einsatz der Rettungsfahrzeuge immer wieder überprüfe.

Herr Swieter fragt, ob sich die Entscheidungsträger sicher seien, dass es keine juristische Möglichkeit nach der Fertigstellung der Zentralklinik in Uthwerdum für eine Basisnotfallversorgung in Emden gäbe. **Herr Grendel** weist darauf hin, dass das Gesetz zur

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Krankenhausreform erst im Herbst 2025 endgültig verabschiedet werde. In diesem Gesetz sei verankert, dass zukünftig eine Notfallversorgung nur noch an Krankenhausstandorten durchgeführt werden dürfe. Er verweist bezüglich des Beschlusses des gemeinsamen Ausschusses im Jahr 2018 auf die in der Präsentation vorgestellten drei Säulen:

Basisversorgung - erweiterte Versorgung - umfassende Notfallversorgung

Dieser Beschluss sei seinerzeit gefasst worden, weil es viele kleine Krankenhäuser gegeben habe, die eine Notfallversorgung vorgehalten hätten, ohne dass sie im Hintergrund die notwendigen medizinischen Einrichtungen wie Chirurgie, Anästhesie usw. gehabt hätten. Dies hätte zu Qualitätseinbußen geführt. Daraufhin sei seinerzeit der Beschluss gefasst worden, dass nur noch Krankenhäuser mit mindestens einer Basisversorgung überhaupt eine notfallmedizinische Versorgung darstellen könnten. D. h., wenn man in Emden eine Notfallversorgung erhalten wollte, müsste man dort auch weiterhin 24/7 einen Chirurgen, einen Anästhesisten und entsprechendes weiteres Fachpersonal beschäftigen. Dies sei aus juristischer, finanzieller Sicht und aufgrund des Fachkräftemangels unmöglich. Die Verwaltung hätte jetzt schon das Problem, nicht ausreichend ärztliches und pflegerisches Personal einstellen zu können. Wenn auch noch solche Sonderstrukturen vorgehalten werden sollten, würde dies eher dazu führen, dass das Gesundheitssystem geschwächt, als dass es gestärkt werde.

Herr Kieselbach beklagt, Herr Kruithoff hätte am 04.06.2025 (im Rahmen der Petitionsübergabe) davon gesprochen, 20 Auszubildende für den Rettungsdienst einzustellen. Außerdem sollten vier Rettungsfahrzeuge beschafft werden. Auf der nachfolgenden Ratssitzung sei dann nur noch von sieben Auszubildenden und drei Rettungswagen die Rede gewesen. **Herr Grendel** antwortet, ausschließlich im Rettungsdienst würden derzeit sieben Auszubildende über die verschiedenen Jahrgänge beschäftigt. Er erinnert daran, dass es sich um eine mehrjährige Ausbildung handele. Die Stadt Emden würde gerne mehr Auszubildende beschäftigen. Das Problem sei allerdings, dass die Ausbildung nur durch ausgebildete Notfallsanitäter – und nicht durch Rettungsassistenten – passieren dürfe, so dass man im Grunde genommen eine Paarung haben müsste. Da die Auszubildenden nicht 24/7 arbeiteten, müssten die Auszubildenden immer von einem Notfallsanitäter begleitet werden. Von daher könnten nur sieben Auszubildende ausgebildet werden, denn die Ausbildung müsse letztendlich auch qualitativ halten, was das Label verspreche.

Herr Ohling erklärt abschließend, noch offene Fragen könnten gerne anschließend noch schriftlich gestellt werden. Sie würden dann von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

TOP 6 Verleihung des Zertifikates „Engagementfreundlicher Sportverein“ des LandesSportBundes Niedersachsen an den Stadtsportbund Emden

Herr Ohling geht näher auf die o. g. Vorlage ein.

Der Vorsitzende des Stadtsportbundes e. V, **Herr Bartsch**, bedankt sich dafür, im Rahmen der heutigen Ratssitzung das o. g. Zertifikat entgegennehmen zu dürfen. Anschließend erläutert er ausführlich die Aufgaben des Stadtsportbundes und bedankt sich bei den Ehrenamtlichen des Stadtsportbundes für ihre freiwilligen Leistungen. **Herr Kruithoff** zeigt sich erfreut über die Ehrung des Stadtsportbundes und bedankt sich für die lobenden Worte des Vorsitzenden in Richtung der Verwaltung. In den letzten Jahren hätten der Stadtsportbund und die Verwaltung viel miteinander erreicht. Z. B. hätte man sich einen neuen Sportentwicklungsplan gegeben, der als Basis für die Entwicklung der Sportvereine und Sportstätten gelte. Im Namen des Rates und der Verwaltung bedanke er sich für die herausragende und gute Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund. Er betont, es seien vom Landessportbund die Richtigen für das o. g. Zertifikat ausgewählt worden. Hierfür möchte er sich ebenfalls herzlich bedanken.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Herr Ohling ergänzt, es sei ursprünglich geplant gewesen, die Ehrung am 21.05.2025 im Sportausschuss vorzunehmen. Dann wären nicht alle Ratsmitglieder „in den Genuss der Ehrung gekommen“. Über eine Ehrung in der heutigen Ratssitzung freue er sich daher sehr.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 7 Notfallversorgung in Emden nach Inbetriebnahme der Zentralklinik Ostfriesische Meere; - Konkretisierung des Bürgerentscheides vom 26.05.2019;
Vorlage: 18/1641

Herr Kruithoff geht noch einmal näher auf das Thema ein. Er verweist auf die intensiven Diskussionen in den Fachausschüssen zu dem o. g. Themen. Hierfür sei er dankbar. Es sei ein großes Glück, dass man das Projekt „Zentralklinikum“ so früh angegangen sei, dass man diese hohe Förderquote bekomme und damit die Chance habe, in der Region diese herausragende Gesundheitsversorgung für Ostfriesland und darüber hinaus sicherzustellen.

Herr Ohling erteilt anschließend Herrn Verlee das Wort. **Herr Verlee** trägt vor:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Ratsmitglieder, liebe Gäste, eines vorweg:

Es kam gerade der Vorwurf, dass, wenn man an diesem Beschluss festhält, die AfD gewählt wird und dass es Wählerbetrug ist. Sie haben eine Alternative: die LINKE, GfE usw. Sie müssen nicht die AfD wählen.

In den vergangenen Wochen habe ich mich mehrfach sehr geärgert – nicht etwa, weil wir unterschiedliche Auffassungen zur Zukunft des Zentralklinikums oder zur Notfallversorgung haben. Unterschiedliche Meinungen gehören zur Demokratie. Was mich jedoch wirklich beschäftigt, ist der Umgang mit diesem Thema: die Emotionalisierung, der Populismus und das bewusste Schüren von Ängsten. Ich möchte Sie heute dazu einladen, gemeinsam mit uns in eine sachliche, tiefgehende Diskussion einzutreten. Denn eines möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen: Die Entscheidung, die wir hier im Rat treffen, betrifft nicht nur „die anderen“. Sie betrifft auch mich persönlich – als Bürger dieser Stadt, als Familienvater, als Mensch. Es wird oft so dargestellt, als würden wir Entscheidungen treffen, die uns selbst nicht berühren. Das ist falsch. Ich entscheide hier auch für mich selbst. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit dem geplanten Zentralklinikum die bestmögliche medizinische Versorgung für unsere Region sicherstellen. Nicht immer ist das nächstgelegene Ziel auch das richtige. Entscheidend ist die Qualität – und die ist dort am höchsten, wo Spezialisierung, Ausstattung und Personal Hand in Hand gehen. Ich selbst habe das erlebt: Bei einem medizinischen Notfall wurde ich zunächst im Emder Krankenhaus behandelt. Doch schnell wurde klar, dass ich nach Leer verlegt werden musste – weil dort die notwendige Fachkompetenz vorhanden war. Heute würde ich direkt dorthin gehen. Und genau darum geht es auch beim Zentralklinikum: um eine Versorgung, die nicht nur nah, sondern vor allem gut ist. Diese Herausforderungen betreffen nicht nur Emden oder Ostfriesland – sie sind bundesweit spürbar.

Unser Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt: Über 500 Milliarden Euro werden jährlich investiert, das sind rund 6.000 Euro pro Kopf. Das ist grundsätzlich gut und richtig. Aber wir müssen dieses Geld effizienter einsetzen. Und dazu gehört auch, unsere Krankenhauslandschaft neu zu strukturieren. Ich teile mit vielen Bürgerinnen und Bürgern die Auffassung, dass unsere medizinische Versorgung besser aufgestellt werden muss. Und ich bin bereit, auch mit Kritikern gemeinsam für dieses Ziel zu streiten – konstruktiv, respektvoll und

Niederschrift über die Sitzung des Rates

lösungsorientiert. Jedoch in der aktuellen Diskussion wird von einigen Kritikern der Eindruck erweckt, es gehe vorrangig um die Notfallversorgung. Doch das greift zu kurz – und ist in dieser Form schlichtweg nicht korrekt. Die Notfallversorgung ist – und das möchte ich ausdrücklich betonen – durch den Rettungsdienst und den Notarzt bereits heute sichergestellt. Und sie wird im Zuge der Planungen für das Zentralklinikum weiter angepasst und verbessert. Das ist für mich ein zentraler Bestandteil und dafür kämpfe ich – und das in vielen Sitzungen des VAs. Ich bin zudem der festen Überzeugung, dass es vielen der lautstarken Kritiker in Wahrheit nicht primär um die Notfallversorgung geht. Vielmehr geht es ihnen darum, das Zentralklinikum grundsätzlich zu verhindern. Das sollten sie auch offen benennen.

Nochmal zur Kritik Notfallversorgung. Richtig ist: Die Notfallaufnahme in Emden – also direkt vor Ort – wird in der bisherigen Form nicht erhalten bleiben. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Dafür brauchen wir intelligente, tragfähige Lösungen. Aber wir sollten dabei auch ehrlich sein: Rund 50 % der Fälle, die heute in der Notaufnahme landen, gehören dort medizinisch betrachtet gar nicht hin – etwa Schmerzen im Rücken od. -und das ist nicht despektierlich gemeint – der bekannte Fall des eingewachsenen Fußnagels. Das zeigt uns, dass wir nicht nur über die Notfallaufnahme sprechen dürfen, sondern auch über eine bessere ambulante Versorgung – sowohl bundesweit als auch hier bei uns in Emden. Wir brauchen eine stärkere hausärztliche Versorgung, eine bessere Steuerung von Patientenströmen und eine klare Kommunikation darüber, wann welche medizinische Hilfe notwendig und richtig ist. Auch wenn es nicht gerne gehört wird, Telemedizin wird kommen. Bitte, bzw. ich empfehle es ihnen, schauen sie sich einmal die Sendung Quarks vom 22.05.2025 vom Ersten an. Ein sehr guter Bericht, der vieles beleuchtet. Lassen Sie uns also gemeinsam an Lösungen arbeiten – sachlich, verantwortungsvoll und mit dem Ziel, die medizinische Versorgung für alle Menschen in unserer Region zu verbessern. Durch eine gute Klinik ostfriesische Meere, ebenfalls ein gutes MVZ in Emden und eine hervorragende Ärzteversorgung für uns! Die CDU steht voll hinter diesem Beschluss.“

Herr Ohling bedankt sich bei Herrn Verlee für seinen Vortrag und erteilt Herrn Mennenga das Wort. **Herr Mennenga** trägt vor:

Zitat.

„Sehr geehrte BürgerInnen, sehr geehrte VertreterInnen der Presse, sehr geehrte Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

wir haben es in vielen Ausschüssen gehört, wir haben es diskutiert. Wir sind auf die Straße gegangen für unsere Demokratie. Demokratie stand immer im Raum: für unsere demokratischen Werte. Wir wollten die Leute abholen, wir müssen auf die BürgerInnen zugehen und ihre Probleme ernstnehmen, wurde gesagt. Heute wird mit großer Wahrscheinlichkeit wieder einmal das Gegenteil gemacht: Ihr – ich schließe meine Partei und die Wählergemeinschaft aus – wollt den Bürgerentscheid von 2019 konkretisieren. Was wollt ihr denn konkretisieren? Es ist konkret.

Die Emder BürgerInnen haben sich 2019 mit knapper Mehrheit für die Beibehaltung einer Rund-um-die-Uhr-Notfallversorgung in Emden entschieden. Uns muss doch klar sein: Ohne diese Formulierung hätte es die Zentralklinik nie gegeben, oder sehe ich das falsch? Diese Frage geht an die Anwesenden, die diese Fragestellung am 06.02.2019 auf den Weg gebracht haben. Sie wurde mit 30 Ja-Stimmen zugesagt. 15 dieser Mitglieder sitzen hier heute unter uns. Schon damals hat eine Anfrage der Linken das in Frage gestellt. Zusätzlich stellen wir das beauftragte Gutachten der Trägergesellschaft von HCB in Frage. In diesem Gutachten geht es um die stationäre Akutversorgung der Region. Müsste durch den Entfall der Notfallversorgung das Gutachten nicht neu beauftragt werden?

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Ich stelle auch die Gremien (Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung) in Frage und werde sie dieses Jahr auch nicht mehr entlasten. Eure Aufgabe ist u. a. die Beratung und strategische Mitgestaltung und die Wahrung kommunaler Interessen. Dem Letzteren seid ihr jedenfalls nicht nachgekommen. Seit Jahrzehnten wird im wahrsten Sinne des Wortes an unserer Gesundheitsvorsorge „herumgedoktert“: Fallpauschalen und Praxisgebühren unter SPD und Grüne, mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen durch die FDP, Reduzierung der Rücklagen gesetzlicher Krankenkassen durch die CDU. Alles Entscheidungen, die uns als Steuerzahler direkt treffen. Immer wieder hören wir, dass unsere Gesundheitsversorgung zu teuer sein soll. Sie soll und muss Gewinne erwirtschaften. Während die Pharmaindustrien, Privatkliniken und Pflegeheime in privater Trägerschaft horrenden Profite „ergaunern“, sollen wir weiterhin dieses System nähren. Es werden Gesetze geändert und „geschliffen“, um dieses Vorgehen fortzusetzen. Aus unserer Sicht ist das der falsche Weg. Wir müssen die Gemeinwohlorientierung fördern. Was durften wir uns in den letzten Jahren alles bieten lassen:

Schließung der Geburtenstation, der Kinderstation, des Bewegungsbades, in Zukunft auch unsere Notfallversorgung! Wir machen das nicht mit. Wir stimmen mit einem klaren Nein. Wir beantragen die namentliche Abstimmung.

Und einen Punkt habe ich mir noch aufgeschrieben zur Ansprache des Oberbürgermeisters: Ich weiß nicht, ob Leer jetzt unbedingt auf uns herunterguckt und denkt: was machen die Emden da Tolles? Das setze ich mal in Frage.“

Herr Ohling bedankt sich bei Herrn Mennenga für seinen Vortrag und erteilt Herrn Eichhorn das Wort. **Herr Eichhorn** trägt vor:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Oberbürgermeister, sehr geehrte und Herren Ratsmitglieder, VertreterInnen der Presse, liebe Emden MitbürgerInnen,

wir stehen heute vor einem Tagesordnungspunkt, der auf den ersten Blick wie eine reine Formalie erscheinen mag. Die Aufhebung eines Bürgerentscheides aus dem Jahr 2019 bzw. eine Konkretisierung dieses Bürgerentscheides. Doch lassen Sie uns keinen Fehler machen. Dieser Punkt ist nichts weniger als ein Tiefpunkt demokratischer Kultur in unserer Region. Und ich sage das mit voller Überzeugung und ich will auch sagen und begründen wieso:

Denn was hier zur Abstimmung steht, ist nicht nur ein politischer Akt. Es ist der endgültige Bruch eines Versprechens. Einem Versprechen, dass man BürgerInnen in Emden bewusst gemacht hat, um sie zu beruhigen, um sie zum Aufgeben ihres Krankenhauses zu bewegen. Ein Versprechen, von dem damals intern bereits wusste, dass es rechtlich gar nicht haltbar ist, zu keinem Zeitpunkt.

Der Bürgerentscheid von 2019 versprach, dass in Emden auch nach dem Bau eines Zentralklinikums „auf der grünen Wiese in Georgsheil“ eine Notfallversorgung bestehen bleibt. Dieses Versprechen war nicht irgendein Nebensatz. Es war das zentrale Trostpflaster, die letzte Sicherheit, die man den Menschen, den Emden BürgerInnen nach dem Verlust ihres vertrauten Hans-Susemihl-Krankenhauses ließ. Ja, ihr verliert das Krankenhaus, aber die Notaufnahme bleibt. Macht Euch keine Gedanken. Alles wird gut. „Im Himmel ist Jahrmarkt.“ Das war die Botschaft des Emden Rates, der Verwaltung und der damaligen Trägergesellschaft. Man hat nur mit viel Brimborium damals (ich sehe sie heute noch unsere ganzen Funktionsträger, teilweise aus der Verwaltung, teilweise aber auch aus anderen öffentlichen Betrieben, an den Laternenmasten hängen: stimmt bitte ab. Mit viel Geld hat man damals dort diesen Bürgerentscheid zusätzlich gepusht. Wieso? Ganz klar:

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Man wollte diesen Bürgerentscheid nicht – wie beim ersten Mal – gegen das Zentralklinikum haben, sondern dafür. Man muss sich einmal vorstellen: Der erste Entscheid war mit 64 % gegen das Zentralklinikum ergangen, der zweite nur noch mit 53 % für das Zentralklinikum. Und man wusste genau um diese strategische Zahl: Man hat damals dementsprechend vehement gesagt. Die Notfallversorgung bleibt! Und wir haben auch noch das Thema gehabt, dass wir in Georgsheil die Kosten hatten und wir EmdernInnen haben diesem Versprechen geglaubt. Nebenbei gesagt waren auch die Baukosten im Hintergrund der damaligen Diskussion immer noch bei dem bis auf die letzte Steckdose geplanten Zentralklinikums bei 250 Mio. € „in Stein gemeißelt“.

Es geht heute um den damaligen Bürgerentscheid und das, was daraus geworden ist. Es geht nicht um das Zentralklinikum! Der Drops ist gelutscht. Damit müssen sich die EmdernInnen leider abfinden. Aber ich kämpfe hier für die Notfallversorgung vor Ort und wir sollten hier auch – zumindest mit den gängigen Akteuren – eine Alternative dafür anbieten. Unter dem Motto, dass die Mehrheit des Emdern Rates (bestehend aus SPD, CDU, FDP und Grüne) wirklich sicher gehen können, dass dieser Bürgerentscheid unter Vorspielung falscher Tatsachen nunmehr das gewünschte Ergebnis bringt, das Ergebnis, dass die Kosten völlig „aus dem Ruder laufen lässt“, bis heute keine Aussage des Landes über die prozentuale Beteiligung, lieber Tim, ich habe Dich schon des Öfteren gefragt, wie hoch ist die prozentuale Beteiligung? Die Zahl kennen wir bis heute nicht.

Herr Philippi kommt immer „mit Kleingeld um die Ecke“, bezogen auf die Gesamtkosten. Wir wissen, dass die Klinik nicht mehr 250 Mio.€ kosten soll, sondern fast 1 Mrd. €.

Lasen wir bei dem heutigen Beschluss „diesen Nebenkriegsschauplatz völlig unbeleuchtet“. Doch heute wissen wir – und einige wussten es damals schon, dass dieses Versprechen nie eingelöst werden konnte, denn nach den gesetzlichen Vorgaben darf eine Notfallversorgung nur an einem Standort mit einem Krankenhaus betrieben werden. Und das heißt im Klartext:

Der damalige Oberbürgermeister Bernd Bornemann und der Emdern Rat haben die Emdern BürgerInnen im Jahr 2019 mit einem Versprechen gelockt, dass man längst mit mehr einlösen könnte. Dafür sollte man sich schämen! Bereits 2018, als ein Jahr vor diesem zweiten Bürgerentscheid, war diese gesetzliche Lage bekannt. Sie wurde kommuniziert und ich garantiere: Sie war auch hier im Hause angekommen (auch bei den Akteuren, die diesen Bürgerentscheid bewusst „bis auf die letzte Stellschraube formuliert haben“, in langen Sitzungen über den Wortlaut „gebrütet haben“. Letztendlich hätte man sich „das schenken können“, weil zu diesem Zeitpunkt schon feststand, dass man dieses Versprechen gar nicht hätte abgeben können. Mit einer aufwändigen Kampagne und voller Inbrunst der Akteure wurde für diesen Bürgerentscheid geworben. Das ist kein Missverständnis, das ist keine politische Panne, das ist ein kalkulierter Vertrauensbruch, so viel zu dem Thema Vertrauen.

Ich erinnere daran, schon 2017 haben sich 64 % der BürgerInnen in einem ersten Entscheid für den Erhalt des Krankenhauses vor Ort ausgesprochen. Diese klare Botschaft wurde ignoriert. Am 26.05.2019 wurde dann mit gerade einmal lächerlichen 54 % dem Zentralklinikum zugestimmt – unter der Bedingung, dass wenigstens die Notfallversorgung bleibt. Mit überwältigender Mehrheit: das war der Wortlaut in der Emdern Politik! Bei 54 % würde ich mich „nicht so weit aus dem Fenster lehnen“.

Man schätzte damals bei einer Ratsinformationsveranstaltung sogar die Kosten für den Erhalt der Notfallversorgung in Emden auf 850.000 €. Das war eine Folie der damaligen Beratungsgesellschaft, die wir über das Forum über das Krankenhaus haben. Diese 850.000 € werden aus dem laufenden Betrieb des Zentralklinikums nachher gespeist – wie immer das aussehen mag.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

In der letzten Veranstaltung, wo Herr Balster „die Büchse der Pandora geöffnet hat“, hat er damals gesagt: ja, eine Notfallversorgung in Emden wird ca. 10 Mio. € kosten. Das ist zu teuer, das können wir uns nicht leisten und der Gesetzgeber sagt sowieso: ihr könnt keine Notfallversorgung vor Ort etablieren, weil ihr keine Klinik mehr habt.

Wie in diesen sieben Jahren sich die Kosten verzweifacht haben, möchte ich auch bezweifeln, aber man kann daran sehen, dass damals schon diese Zahl mit 850.000 € vorne und hinten nicht passen konnte.

Heute im Jahr 2025 sollen wir den Bürgerentscheid einfach aufheben, einfach so, als wäre dort nie etwas gewesen, als wäre das Vertrauen der Menschen nicht „mit Füßen getreten worden“. Doch das können und dürfen wir nicht zulassen. Wir als Kommunalpolitiker – egal, welcher Fraktion wir angehören – haben eine Verantwortung gegenüber diesen Menschen in unserer Region. Unsere Aufgabe ist es nicht, Entscheidungen nachträglich schön zu reden, sondern die Interessen der BürgerInnen zu vertreten. Genau deswegen sitzen wir hier, hier an dieser Stelle heute im Emden Rat, weil wir diese BürgerInnen vertreten. Diese BürgerInnen haben uns gewählt. Deswegen sitzen wir hier.

Deswegen sage ich klar: wir als Wählergemeinschaft (GfE) werden einer Aufhebung, Umformulierung oder Konkretisierung nicht zustimmen – nicht solange die Umstände dieses politischen Täuschungsmanövers nicht vollständig aufgearbeitet wurden, nicht solange man sich nicht ehrlich zu politischen Fehlern bekennt, die hier begangen wurden und schon gar nicht, so lange sich niemand bei den Menschen aus der Verwaltung und der Politik für diesen Vertrauensbruch entschuldigt hat, denn Demokratie lebt von Vertrauen. Wenn wir dieses Vertrauen „verspielen“, „verspielen“ wir weit mehr als eine Klinik oder einen Standort oder eine Notfallversorgung. Wir „verspielen“ die Glaubwürdigkeit unserer Politik insgesamt. Ich hoffe, dass die BürgerInnen der Stadt Emden sich bei der nächsten Kommunalwahl an diesen Tag erinnern und diesen Vertrauensbruch entsprechend quittieren werden.“

Herr Ohling bedankt sich für den Vortrag von Herrn Eichhorn und erteilt Herrn Nützel das Wort.
Herr Nützel trägt vor:

Zitat:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir stehen heute vor einer Entscheidung, deren Tragweite kaum zu überschätzen ist: Es geht um das faktische Ende der Rund-um-die-Uhr-Notfallversorgung in Emden. Es geht um das ersatzlose Schließen der Bereitschaftspraxis der KVN. Und es geht um nicht weniger als den Bruch eines klar formulierten Versprechens im Bürgerentscheid an die Menschen dieser Stadt. 2019 – das ist noch keine sechs Jahre her – wurde der Bürgerentscheid unter der klaren Zusage geführt, dass auch nach Errichtung einer Zentralklinik die Notaufnahmen an den bestehenden Klinikstandorten erhalten bleiben. Das war nicht nur ein politisches Versprechen, es war ein zentraler Bestandteil der Zustimmung zur Zentralklinik. Das war die Basis, auf der Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen gegeben haben.

Und heute? Heute wird uns gesagt: Das kann so nicht umgesetzt werden. Heute wird erklärt: Man habe es selbst nicht gewusst und heute wird gefordert: Wir sollen dem zustimmen – im Vertrauen darauf, dass es in Zukunft schon besser werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für alle, die damals mit „Ja“ zum Bürgerentscheid gestimmt haben – es ist ein demokratiepolitisches Armutszeugnis.

1. Zur Stellungnahme des Oberbürgermeisters und des Landrats:

Niederschrift über die Sitzung des Rates

„Die Notfallversorgung bleibt gesichert.“

„Die Rettungsdienste sind stark.“

„Die neue Klinik ist eine Chance.“

Diese Floskeln können nicht verdecken, dass das, was hier in Emden verloren geht, nicht gleichwertig ersetzt wird. Ein überlasteter Rettungsdienst ist keine echte Notfallversorgung. Eine Klinik in Südbrookmerland ist nicht fußläufig erreichbar und der ÖPNV ist bis dato schlecht. Und der Verweis auf die „höchste Notfallstufe“ ersetzt kein Angebot vor Ort, wenn jemand nachts mit Schmerzen in der Brust oder einem kranken Kind vor verschlossenen Türen steht.

Was haben Oberbürgermeister Kruithoff und Landrat Meinen konkret getan, um dieses Szenario zu verhindern? Die ehrliche Antwort lautet: Nichts Sichtbares. Lieber Tim, offen diskutiert? Wohl nicht wirklich. Denn es handelte sich um eine 2-seitige Beschlussvorlage, die an einem Freitag erst hochgeladen wurde und am darauffolgenden Mittwoch eben schnell im Gesundheitsausschuss durchgewunken wurde. Da wurde bestimmt sehr viel darüber diskutiert. Zukunftsfähig aufgestellt? Ja, aber scheinbar auf einer klaren Lüge.

2. Zum Verhalten der SPD – exemplarisch Maria Winter:

Sie sagt, sie könne die Enttäuschung der Menschen nachvollziehen. Sie sagt, sie sei selbst betroffen. Doch was folgt daraus? Eine Zustimmung zur Beschlussvorlage. Keine Konsequenzen. Kein Widerspruch. Kein Aufbegehren. Blindes Vertrauen. Und was macht der Rest der SPD? Schweigen aus der Fraktion. Das, liebe SPD, ist keine Politik für die Menschen. Das ist ein Wegducken vor Verantwortung.

3. Zur CDU:

Herr Verlee spricht von einer „bestmöglichen Gesundheitsversorgung“. Die Fragestellung des Bürgerentscheids sei nicht absichtlich missverständlich formuliert worden. Wer soll diese Aussage denn wirklich glauben? Bereits seit 2018 ist klar – also bereits ein Jahr vor dem letzten Bürgerentscheid - dass eine Notfallambulanz nur noch an Kliniken möglich ist. Und jetzt will man sich aus der Verantwortung stehlen, man habe das nicht gewusst. Ernsthaft?

Herr Held relativiert: „Die Menschen hätten sich vom Bürgerentscheid etwas anderes erhofft und der Bau der Zentralklinik dürfe nicht gefährdet werden. Nein, lieber Wilke, das war kein Hoffen oder eine Möglichkeit, die man damals in Aussicht gestellt hat, es war eine verbindliche Zusage durch den Rat und dem zweiten Bürgerentscheid. Das ist auch in den Ratsprotokollen nachzulesen! Und heute postest Du, lieber Wilke, in den sozialen Medien, dass man sehr viel Zeit und Mühe in diese Beschlussvorlage gesteckt hat. Ehrlich? Welche Mühen hast Du dafür aufgebracht, frage ich mich? Die hohle Phrase, die man den Kritikern vorwirft, dass große Projekt Zentralklinik zu gefährden, muss man entschieden entgegentreten. Und das wurde auch im Gesundheitsausschuss z.B. durch Herrn Gröttrup deutlich, der aussagte, dass man nun nicht mehr gegen die Zentralklinik sein darf. Nein! Darum geht es doch überhaupt nicht. Es geht um einen zugesagten Erhalt einer Notfallversorgung an den Standorten. Wer sagt, dass die Kritiker weiterhin gegen die Zentralklinik sind, verfehlt damit das Thema. In der Schule würde man sagen: setzen 6! Es geht hier und heute um den Erhalt einer Notfallversorgung und nicht um die Zentralklinik!

Herr Ohling versucht in den sozialen Medien „die Wogen zu glätten“, ansonsten wird innerhalb der CDU der Bruch des Bürgerwillens akzeptiert. Auch hier: Schulterzucken, Zustimmung zur Vorlage.

4. Zur FDP:

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Die FDP stellt einen kritischen Fragenkatalog, der dann aber im Gesundheitsausschuss kaum beantwortet wird. Es folgt eine Enthaltung, was keine Haltung ist! Wenn man sich nicht positioniert, entscheidet man trotzdem – nur ohne Rückgrat.

5. Zur Grünen-Fraktion:

Meine eigene Gruppe hat lediglich eine Pressemitteilung zur Thematik herausgebracht, die zu einer Diskussion mit den Bürgern führen sollte. Klingt nach einer Beteiligung, die aber hätte vor dem Ratsbeschluss geführt werden müssen – mit den Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten, Verwaltung und Politik. Aber hat dieser Dialog stattgefunden? Nein. Gab es wie gefordert eine sorgfältige Prüfung der geänderten Realitäten? Nein! Gab es eine echte Prüfung von Alternativen? Nein. Hat man alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft, um eine Notversorgung – in welcher Form auch immer – in Emden zu erhalten? Nein. Dies habe ich konkret im Gesundheitsausschuss gefragt.

6. Und zu Volker Grendel im Gesundheitsausschuss:

Wenn man sagt, man könne den Gesetzestext nicht prüfen, weil er noch nicht rechtskräftig ist – warum entscheiden wir dann heute auf Basis dieses nicht ratifizierten Gesetzestextes über das Ende der Notfallversorgung? Das ist grotesk! Wie wir in der Einwohnerfragestunde gehört haben, ist das heute ein proaktiver Vorgang, was Herr Grendel noch einmal vorhin unterstrich.

Zudem wunderte ich mich, dass Sie, Herr Grendel, die Reaktivierung der Bahnstrecke Emden-Abelitz-Aurich nicht angesprochen haben. Hier wäre im ÖPNV eine schnellere Möglichkeit als die vorhin angesprochenen 60min umsetzbar. Warum setzt man sich nicht mehr dafür ein?

Was wir hier heute erleben, ist keine ergebnisoffene Debatte. Es ist ein Durchwinken, ein Durchpeitschen einer Entscheidung gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Und es ist ein Verstoß gegen die Verantwortung, die wir als gewählte Vertreter tragen. Wir dürfen nicht vergessen: Wir sind hier nicht, um Verwaltungsentscheidungen zu bestätigen. Wir sind hier, um die Interessen der Emdener Bevölkerung zu vertreten.

Und genau deshalb sage ich: Wer heute zustimmt, stimmt gegen ein zentrales Versprechen. Er stimmt gegen eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung. Er stimmt gegen die Notfallversorgung für Kinder, Ältere, Sozialschwache, Alleinstehende, für alle, die keine 20 Kilometer fahren können, wenn es ernst wird. Er stimmt gegen das Vertrauen der Menschen in unsere demokratischen Prozesse. Um mein Vorhergesagtes noch einmal aufzugreifen: was habt ihr getan, um die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bei dieser Thematik mitzunehmen, ernst zu nehmen, ihnen die Sorgen zu nehmen? Und ich frage das jeden Einzelnen von euch, liebe SPD, liebe CDU, liebe FDP, liebe Parteikollegen. Und ich erwarte hierzu eine Antwort von euch heute! Es reicht nicht, fade Durchhalteparolen nachzuplappern! Zudem frage ich nochmals, die Frage aus der Einwohnerfragestunde, die immer noch nicht beantwortet wurde: haben die damaligen Ratsmitglieder beim Entwurf des 2. Bürgerentscheids gelogen?

Ich appelliere an euch, liebe Ratskolleginnen und -kollegen: Geht noch einmal in euch, fragt euch, wem ihr gegenüber verpflichtet seid und was ihr eurer Stadt hinterlassen wollt. Denn diese Entscheidung wird bleiben. Und sie wird Folgen haben für die Menschen, die heute noch auf eure Stimme hoffen. Aufgrund der wichtigen, ja lebenswichtigen Thematik fordere ich abschließend eine namentliche Abstimmung. Jede und jeder hier im Raum soll sichtbar Verantwortung übernehmen – und sich später nicht hinter der Fraktion, der Verwaltung oder einem „es war halt alternativlos“ verstecken können. Vielen Dank!

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Herr Ohling bedankt sich bei Herrn Nützel für seinen Vortrag. Die Frage von Herrn Nützel, ob die damaligen Ratsmitglieder 2019 gelogen hätten, verneint er. Er hätte nicht gelogen. Er nehme alle RatsvertreterInnen mit, die dies entschieden hätten. Die damaligen Ratsmitglieder hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Anschließend erteilt er Herrn von Gliszczynski das Wort. **Herr von Gliszczynski** trägt vor.

Zitat:

„Wir als FDP-Fraktion werden uns heute bei der Abstimmung über die Aufhebung des Bürgerentscheids zur 24/7-Notfallversorgung enthalten. Diese Entscheidung ist uns alles andere als leichtgefallen. Aber wir glauben, dass man nicht einfach über einen Bürgerentscheid hinweggehen sollte – auch dann nicht, wenn sich die rechtlichen und sachlichen Rahmenbedingungen seitdem verändert haben. Wer Menschen ermutigt, sich direkt zu beteiligen, darf ihre Entscheidungen nicht beiläufig übergehen. Demokratie ist kein Schönwetterbetrieb.“

Gleichzeitig möchte ich, auch als Mitglied des Gesundheitsausschusses, ganz klar sagen: Wir stehen hinter der Zentralklinik - zu 100% und ohne Wenn und Aber. Aus fachlicher Sicht ist sie genau der richtige Weg. Wir brauchen moderne Strukturen, zeitgemäße Ausstattung, funktionierende Abläufe – und Bedingungen, unter denen Ärztinnen, Ärzte und die so enorm wichtigen Pflegekräfte gerne arbeiten. Die neue Klinik wird genau das bieten. Sie ist kein Rückschritt, sie ist ein echter Fortschritt - und zwar für die Versorgung der Menschen hier in Emden und in der ganzen Region.

Auch die Notfallversorgung in Emden wird durch die neue Struktur verlässlich gewährleistet – und zwar besser als heute: klar organisiert, mit besseren Abläufen und auf fachlich höchstem Niveau.

Unsere Enthaltung heute heißt nicht Nein zur Klinik. Sie heißt Ja zu demokratischem Respekt – und Ja zu einer Versorgung, die zukunftsfest ist.“

Herr Ohling bedankt sich bei Herrn von Gliszczynski für seinen Vortrag und erteilt Herrn Göring das Wort. **Herr Göring** trägt vor:

Zitat:

„Vielen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich beziehe mich jetzt mal auf die Gegenwart und nicht auf die Vergangenheit in diesem Fall. Im Vorfeld – wie ich es auch schon im Gesundheitsausschuss kundgetan habe, habe ich mit BürgerInnen in Emden intensive Gespräche geführt. Ich habe mich mit Ärzten unterhalten, mit medizinischen Fachangestellten, mit Seniorinnen und Senioren, mit Pflegekräften und musste feststellen, dass Ziele einer Fehlinformation unterlegen waren. Viele wussten nicht, was genau passiert. Viele hatten tatsächlich die Sorge, die wir hier heute auch sehen. Die Sorgen sind durchaus berechtigt. Es ist aber im Gespräch relativ häufig gelungen, diesen Sorgen zu begegnen und viele Punkte durch gute Argumentationen auf sachlicher Ebene zu begegnen und diese dann auch wieder da hinzubekommen, dass sie sagen: ja, es ist doch gut dann! Dass, was geplant wird, ist das Richtige.“

Wir haben uns im vergangenen Gesundheitsausschuss den Fragen der BürgerInnen sehr intensiv gestellt. Wir haben sehr viele Fragen zugelassen. Wir haben die Antworten zu den Fragen gehört und in vielen Fragestellungen steckte natürlich auch eine gewisse Sorge. Nicht alle Fragen konnten zufriedenstellend beantwortet werden, aber ein Großteil auf jeden Fall schon. Zu den einzelnen Argumentationen, die jetzt bei den Fragestellenden dazu gekommen sind, Herr Graf hatte das dargestellt: Dieses Glücksspiel an Fahrtkosten, so kann man das vielleicht nennen.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Ich finde, wenn ich einen Schlaganfall habe als Emden, habe ich Glück und muss weniger bezahlen. Wenn ich einen Herzinfarkt habe als Emden muss ich viel bezahlen, weil ich nach Aurich muss. Das suggeriert das ja.

Ich glaube, durch diesen zentralen Ort ändern sich am Ende für die Gesamtheit die Fahrtkosten nicht. Das bleibt gleich. Natürlich muss man im Einzelfall mal mehr bezahlen. Dies müsste man aber auch, wenn man als Emden eine urologische Krankheit hätte: dann müsste man nach Leer fahren. Wünschenswert wäre es natürlich, wenn man eine Versorgung direkt nebenan hat, aber wir müssen diesbezüglich auch den Realitäten „ins Auge schauen“. Auch das, was Frau Pommer-Karp dargestellt hat mit dem ÖPNV: Ja, das ist natürlich ein Problem, was noch nicht vollends gelöst ist, aber ich glaube, wir sind wachgerüttelt, um daran eben auch intensiv arbeiten zu müssen. Ich glaube auch, dass diese Umstände den Verantwortlichen durchaus bekannt sind. Das ist nichts Unklares gewesen.

Wir kämpfen alle für eine gute Gesundheitsversorgung. Ich finde, wir wurden gerade im letzten Ausschuss oder auch in der Beratung in unserer Fraktion schon gut informiert, was die beste Versorgung ist. Herr Goldenstein hat hierfür viele gute Erklärungen gebracht, die mich, der auch durch die Argumentationen der Kritiker natürlich beeinflusst war, überzeugt haben. Durch eine gute Faktenlage kam ich ganz klar zu dem Schluss, dass wir das Richtige tun, wenn wir diesen Weg weiterverfolgen. Ich glaube, wir beschädigen eher die Versorgung, wenn wir eine Notfallversorgung hier vor Ort fordern. Wir haben einige Beispiele gehört, was passieren könnte.

Ich finde die Kommunikationspolitik, die bisher betrieben wird, nicht besonders gut. Dass, was jetzt an Sorgen dasteht und von Kritikern auch ausgenutzt wird, um mehr Kritiker zu erzeugen, liegt eindeutig an der schlechten Informationslage und deswegen kann ich nur am Ende fordern, wenn ich zu dem Ergebnis komme: Meine Zustimmung werden Sie heute bekommen und ein Teil meiner Fraktion wird heute auch zustimmen.

Wir haben gerade in unserer Fraktion wirklich intensiv diskutiert und sind uns eben nicht einig geworden. Das ist auch in Ordnung. In der Demokratie können wir das so machen. Ich kann auch Christians, Jochens und Lars' Bedenken durchaus verstehen: Dieses Gefühl, betrogen worden zu sein: das besteht bei den Menschen und dem können wir jetzt eigentlich nur noch durch eine gute, transparente Kommunikationspolitik begegnen, um da vielleicht für Verständnis zu werben und auch Zuspruch zu bekommen. Ich glaube, es wird nicht alle überzeugen, aber ich denke mal, wir sollten nichts unversucht lassen, das so zu machen, um alle Menschen eben auch mitzunehmen. Vielen Dank!“

Herr Ohling bedankt sich bei Herrn Göring für seinen Vortrag und erteilt Herrn Meyer das Wort. **Herr Meyer** trägt vor:

Zitat:

„Ich persönlich kann und will mir nicht anmaßen, über die Entscheidung unserer Bürger hinwegzugehen – ihre Stimmen sind Ausdruck eines demokratischen Prozesses, den es zu respektieren gilt. Die Kommunikation und das Verhalten von Herrn Balster waren zum Teil eine Katastrophe: Der Umgang mit der Öffentlichkeit und der Presse, hatte wenig mit demokratischem Respekt gemein. Gerade in einer so wichtigen Angelegenheit wie der Gesundheitsversorgung darf solch ein Vorgehen nicht akzeptiert werden. Durch eine bessere Aufklärung hätte man die Bürger mitnehmen und beruhigen können.

Die Bürger wurden in meinen Augen, und da schließe auch ich mich mit ein, mit dem 2. Bürgerentscheid wissentlich „hinters Licht geführt“. Dennoch stehen wir weiterhin hinter der Zentralklinik. Wir sind immer noch überzeugt, dass sie langfristig die beste Lösung für die medizinische Versorgung in unserer Region darstellt. Auch die zukünftige Notarztversorgung,

Niederschrift über die Sitzung des Rates

sollte so umgesetzt werden, wie es uns in den letzten Wochen von den Verantwortlichen versprochen wurde. Sie wird unsere Gesundheitsversorgung stärken und besser machen.

Doch gerade wenn Informationen fehlen, schwindet das Vertrauen der BürgerInnen in demokratische Prozesse und es steigt die Politikverdrossenheit in Emden. Wir dürfen dies nicht zulassen. Bei solch großen und wegweisenden Entscheidungen müssen wir möglichst viele Menschen mitnehmen, indem wir transparent und offen kommunizieren und Sorgen ernst nehmen.“

Herr Ohling bedankt sich bei Herrn Meyer für seinen Vortrag und erteilt Frau Winter das Wort. **Frau Winter** trägt vor:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, ich möchte meine Sorge und meinen Wunsch nach einer sachlichen und respektvollen Diskussion zum Ausdruck bringen. Das gilt insbesondere für Dich Christian! Julius Caesar hat einmal gesagt: „Die Menschen glauben das, was Sie wünschen.“ Und genau das spüre ich in unserer Debatte – dass einige sich mehr an Wunschdenken und an das Festhalten, was ihnen persönlich „am Herzen liegt“, als an der Wahrheit und dem gemeinsamen Wohl.

Es ist bedauerlich, dass unsere Debatte immer wieder von Missverständnissen geprägt ist. Statt gemeinsam nach Lösungen für die medizinische Versorgung in unserer Region zu suchen, konzentrieren sich manche nur noch auf das Festhalten an alten Positionen. Es ist enttäuschend, wenn Lügen und Halbwahrheiten verbreitet werden und wenn der konstruktive Dialog durch Vorwürfe und Unterstellungen blockiert wird.

Ich empfinde es als problematisch, dass bei manchen nur noch „das Recht haben wollen“ im Vordergrund steht – das Gewinnen im Streit – und nicht das Wohl unserer Gemeinschaft. Es ist schwer zu akzeptieren, wenn Menschen sich nicht mit der Niederlage beim zweiten Bürgerentscheid abfinden können und dass sie ihre Meinung so beharrlich vertreten, ganz gleich, was die Fakten sagen. Und doch warten wir trotz allem bis heute auf echte Vorschläge der Kritiker, die uns voranbringen könnten. Besonders bedenklich finde ich die Diskriminierung alter Frauen, die in Ihrer Kampagne sichtbar wird.

Das Schüren von Angst und das Framing, insbesondere in den sozialen Medien sind reiner Populismus. Dies ist für mich beunruhigend und nicht akzeptierbar. Das Thema Krankenhausversorgung ist komplex und emotional aufgeladen. Das verstehen wir alle. In Emden sehen wir, wie stark die Gefühle sind – das ist menschlich und verständlich. Dennoch dürfen wir nicht zulassen, dass diese Emotionen uns von einer sachlichen Lösung abhalten. Wir wollen doch alle das Beste für die Menschen in der Region erreichen.

Viele Menschen machen sich Sorgen um die Notaufnahmen in Emden und Umgebung. Das ist verständlich. Sie fragen sich: Was passiert mit der Notaufnahme in Emden? Und was ist mit dem Bürgerentscheid von 2019? Was war geplant und ist beschlossen worden?

Im Jahr 2019 wurde versprochen, dass es weiterhin Notaufnahmen in Emden, Aurich und Norden geben soll. Auch wir in der Politik haben das damals unterstützt. Für uns war es eine reale Annahme, dass die Chance besteht, dies umsetzen zu können - in welcher Form auch immer, so dass die Bürgerinnen und Bürger sich für die Zentralklinik entschieden. Dieser Bürgerentscheid hatte den gleichen Stellenwert wie ein Beschluss des Stadtrates. Zwei Jahre

Niederschrift über die Sitzung des Rates

lang hätte man das nur mit einem neuen Bürgerentscheid ändern dürfen. Danach darf der Stadtrat diesen Beschluss selbst ändern – wenn es gute Gründe dafür gibt. Was hat sich seitdem verändert?

Seit 2019 ist vieles passiert:

- Corona-Pandemie
- Krieg in der Ukraine
- Fachkräftemangel in der Medizin
- Neue Regeln und Gesetze im Gesundheitswesen

Besonders wichtig ist die neue Krankenhausreform vom Juli 2024. Laut dieser Reform darf es Notfallaufnahmen künftig nur noch an bestimmten Krankenhausstandorten geben – in sogenannten Integrierten Notfallzentren (INZ). Diese müssen große Abteilungen für innere Medizin, Chirurgie, Intensivmedizin und moderne Technik haben. Dies hat die Planung der neuen Zentralklinik stark beeinflusst, so dass wir viele Entscheidungen vor Ort nicht mehr selbst treffen können. Das Problem:

Am Standort Emden können diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden, da die erforderlichen Sicherheits- und Versorgungsstandards dauerhaft nicht gewährleistet werden können. Sie würden sogar zum Sicherheitsrisiko der Patienten führen. Das heißt: Eine echte, gesetzlich erlaubte Notaufnahme ist dort nicht mehr möglich – egal, was 2019 beschlossen wurde. Was bedeutet das für Emden und für Notfälle?

Die neue Zentralklinik in Südbrookmerland wird diese Anforderungen erfüllen. Sie wird die höchste Notfallversorgungs-Stufe bieten – besser als alles, was es bisher in der Region gab und sie ist gut erreichbar. Bereits heute werden Menschen aus Emden mit schweren Krankheiten (z. B. Herzinfarkt) in andere Kliniken gebracht – oft mit doppelt so langen Fahrzeiten als zur neuen Zentralklinik. Was bringt die neue Zentralklinik?

*Mehr Fachabteilungen als je zuvor in Emden
Die neue Klinik bietet eine deutlich bessere medizinische Versorgung.
Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch Spezialisten
Moderne Geräte und gute Versorgung*

Die neue Klinik zieht jetzt schon Fachkräfte aus ganz Deutschland an. Andere Städte beneiden uns um dieses Projekt.

Was passiert mit dem Bürgerentscheid? Da sich die rechtlichen Bedingungen durch das neue Bundesgesetz stark verändert haben, können wir als Rat der Stadt Emden den alten Beschluss nun aufheben oder ändern. Das ist gesetzlich erlaubt und notwendig, weil der ursprüngliche Plan nicht mehr umsetzbar ist. Wie geht es weiter?

Die Notfallversorgung wird durch Rettungsdienste gesichert. Notärzte bleiben vor Ort. Die Rettungswagen und Notärzte werden weiterhin schnell da sein – innerhalb von 15 Minuten. In Emden sogar knapp über 6 Minuten, Volker Grendel hatte dies bereits gesagt. Diese Regel gilt auch weiterhin. Die Standorte für Notärzte bleiben bestehen.

Was ist uns wichtig? Wir verstehen die Sorgen der Menschen und Ihrer Angehörigen. Wir wollen gemeinsam mit der Klinik und der Verwaltung überlegen, wie wir alle gut informieren und einbinden können. Wir als SPD-Fraktion werden darauf drängen, dass wir uns den Bedarfsplan des Rettungsdienstes ansehen, dass der Rettungsdienst weiter ertüchtigt wird und die Notärzte am Standort bleiben; dass es bis zur Eröffnung der Klinik Lösungen für die Erreichbarkeit der neuen Klinik geben wird: und dass die Nutzung von medizinischen Innovationen, wie z.B.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Telemedizin weiter vorangetrieben wird. Wir müssen aber auch an Konzepten arbeiten, um die Hausarztversorgung in Emden zu verbessern. Dafür setzen wir uns weiter mit ganzer Kraft ein.

Wir sind überzeugt: Die neue Zentralklinik ist wichtig und ein notwendiger Schritt für die Zukunft der Gesundheitsversorgung in unserer Region. Sie wird für die Menschen eine bessere medizinische Versorgung ermöglichen.

Fazit:

Die Welt hat sich seit 2019 verändert. Deshalb muss auch die Planung angepasst werden. Insofern wird die SPD-Fraktion für den Beschluss stimmen.

Herr Ohling bedankt sich bei Frau Winter für Ihren Vortrag und erteilt Herrn Held das Wort. **Herr Held** trägt vor:

Zitat:

„Ich möchte auch mit einem Zitat beginnen, allerdings ist es nicht Julius Cäsar, sondern Jochen Eichhorn: Jochen Eichhorn sagte in seinem Statement gerade:

Demokratie lebt von Vertrauen! Das ist völlig richtig, was mich allerdings misstrauisch macht, ist, dass „im gleichen Atemzug“ die nächste Kommunalwahl genannt wird, denn für mich fühlt es sich so an, als ob die GfE ein Wahlkampfthema gefunden hat in den letzten Wochen.

Ein anderes Zitat, das hat mir wiederum sehr gut gefallen: Jochen Eichhorn sprach von der Verantwortung gegenüber den Menschen, die wir hier im Raum haben. Richtig – und ich werde aus voller Überzeugung für diesen Beschluss heute stimmen, weil ich diese Verantwortung wahr- und ernstnehme. Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden in den Beiträgen, dass das auch begründet werden kann, auch wenn das vielleicht manchen nicht passt.

Christian Nützel kann Zeitung lesen, habe ich gehört. Das mache ich auch. Und ich habe auch das Statement gesehen von der Demonstration. Ich habe dort das Zitat gesehen: Die Ratsmitglieder sind lethargisch. Wenn Du das so wahrnimmst, tut es mir leid. Ich weiß, was wir machen, das will ich Dir gerne erklären:

Wir schauen nach vorne gemeinsam – aus der Gegenwart heraus in die Zukunft. Und was steht dann an in dieser Stadt? Wir müssen den Rettungsdienst stärken, wir müssen den Gesundheitcampus in Emden als das Nachnutzungskonzept für das Klinikum voranbringen, wir müssen die Ärzteversorgung sicherstellen, wir müssen die Erreichbarkeit garantieren. Ich glaube, das ist auch ganz wichtig und geht in dieser Debatte vielleicht unter: wir müssen die Prävention und die Innovation vorantreiben. Aber, und das ist dann vielleicht eine Stilfrage: wir als CDU tun das miteinander mit denen, die das auch wollen. Ich glaube, wir sind darin erfolgreich in dieser Stadt und wir sollten da auch genauso weitermachen. Dann ist das durchaus eine Parade der Demokratie, die wir hier feiern, denn das ist es doch, worum es geht: dass wir die Entscheidungen so treffen, dass die BürgerInnen sie verstehen. Wer aufmerksam dieser Debatte heute gelauscht hat, hat gemerkt, dass es darin große Unterschiede gibt. Aber das ist ebenso in der Demokratie, dass halten wir auch aus, aber es nicht so, dass sich hier irgendjemand wegducken würde.

Herr Verlee beklagt das despektierliche Verhalten von Herrn Nützel. Herr Nützel sollte überlegen, ob er für die Funktion als Lehrer und als Sprecher der Grünen wirklich geeignet sei.

Seine Fraktion hätte die Dinge genau betrachtet. Er hätte mit der alten Geschäftsführung im Nachgang immer wieder darüber gesprochen. Es seien Gespräche mit der KVN geführt worden

Niederschrift über die Sitzung des Rates

wegen der Notfallversorgung. Dieses Thema sei ernsthaft betrieben worden. Die Fraktionen u. a. der Lüge zu bezichtigen, sei nicht korrekt.

Herr Renken meint, die Debatte heute habe teilweise schon kriegerische Züge angenommen – nicht nur aus dem Rat, sondern auch aus dem Publikum. Dies finde er bedenklich. Es sei von Seiten der GfE-Fraktion nicht gefragt worden, ob die Standortgebundenheit am Klinikum überhaupt erforderlich sei. Wer hier den Fraktionen Lügen und Täuschung vorwerfe, denen könne er nur dasselbe zurückgeben. Seines Erachtens sollte der Rat sich neuen Realitäten stellen. Seit 2019 seien sechs Jahre vergangen. Die Welt hätte sich verändert. Mittlerweile hätte auch eine neue Kommunalwahl stattgefunden, Die nächste Kommunalwahl werde im Jahr 2026 stattfinden. Er verweist auf ein Statement des ehemaligen Ministerpräsidenten von Thüringen, Herrn Bodo Ramelow, zum Parteitag der Linken in Thüringen. Herr Ramelow hätte gesagt:

„Was wollen wir eigentlich sein? Wollen wir eine Bewegungspartei sein oder wollt ihr eine Partei sein, die etwas bewegt?“

Herr Renken meint, mit dem Standpunkt, den einzelne Fraktionen heute hier vertreten hätten, werde nichts bewegt, auch wenn man meine, man stelle sich wieder an die Spitze einer Bewegung. Diese sei s. E. heute laut, aber nicht groß gewesen. Deswegen sei er auch sehr froh, dass der Rat heute – und nicht erst in fünf Monaten – einen Beschluss zu dem o. g. Thema fasse, der die Situation abschließend kläre.

Herr Ouedraogo ist der Meinung, der zweite Bürgerentscheid habe gezeigt, dass die Menschen in dieser Stadt eigentlich nicht zum Zentralklinikum kommen möchten, aber man wüsste auch, dass es Gruppen gäbe, die von vornherein eine Kampagne gegen ein Zentralklinikum gemacht hätten. Dies hätte die Menschen mitgenommen. Hierdurch sei der zweite Bürgerentscheid korrigiert worden. Er betont, es ginge um die Notfallversorgung der Stadt Emden und nicht um die eigene Wählerstimme. Der Rat sollte daher gemeinsam für die Stadt Emden kämpfen – und nicht, um Wählerstimmen zu erhalten. Er beklagt den Populismus in der heutigen Ratssitzung. Der Rat sollte zusammenstehen, um die Stadt Emden zu retten.

Herr Eichhorn weist Herrn Renken darauf hin, dass es heute um die Korrektur eines Bürgerentscheides ginge, der seinerzeit unter Vorspielung falscher Tatsachen gefasst worden sei. **Herr Ohling** erklärt Herrn Eichhorn, er solle kein Statement mehr halten, sondern argumentativ auf die Vorwürfe einzelner Fraktionen eingehen.

Herr Mennenga beklagt die Aussage von Herrn Renken und den Vergleich mit dem Statement des ehemaligen Ministerpräsidenten von Thüringen, Herrn Bodo Ramelow. Hier ginge es um den Bürgerentscheid, der konkretisiert werden solle, obwohl er konkret formuliert worden sei. Wenn es diese Formulierung nicht gegeben hätte, hätte es auch das Zentralklinikum nicht gegeben. Er sei sich sicher, dass die 54 % der Menschen aufgrund der Formulierung für das Zentralklinikum gestimmt hätten.

Herr Grendel stellt klar, der Rat hätte nicht mehr die Möglichkeit, den Bürgerentscheid durch einen weiteren Bürgerentscheid zu ändern. Man könne jetzt warten, bis ein höherrangiges Bundesrecht dem Rat vorgebe, dass man den Bürgerentscheid nicht in der Konsequenz umsetzen könne. Auch dieses Gesetz sei demokratisch verabschiedet, weil die abstimmenden Abgeordneten demokratisch gewählt und legitimiert seien. Oder man entscheide jetzt eigenständig, dass man auf dem Weg zum Zentralklinikum die Veränderung der Realitäten annehmen möchte. Dies könne der Rat mit einer Mehrheitsentscheidung tun.

Herr Ohling führt anschließend die namentliche Abstimmung durch. Die Abstimmungsliste gem. § 12 Abs. 7 GO des Rates ist [hier](#) einsehbar. Nach der Abstimmung gibt Herr Ohling das Ergebnis bekannt.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

Beschluss: Die Rund-um-die-Uhr-Notfallversorgung für das Gebiet der Stadt Emden wird nach Inbetriebnahme der „Zentralklinik Ostfriesische Meere“ an deren Standort sichergestellt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 25	Dagegen: 7	Enthaltungen: 4
-----------	------------	-----------------

TOP 8 Nutzungskonzept zur Neuausrichtung der Nordseehalle Emden als multifunktionaler Ort für Sport, Kultur und Freizeit;
Vorlage: 18/1611

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt dem als Anlage beigefügten Nutzungskonzept zur Neuausrichtung der Nordseehalle Emden in der Fassung vom 12.03.2025 zu und bestimmt es zugleich zur Grundlage für weitere fachliche Planung, bauliche Ausgestaltung und spätere Betriebsorganisation im Rahmen des Förderprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur - Projektauftrag 2023".

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden;
Vorlage: 18/0023/2

Beschluss: Die nachfolgend aufgeführte Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden wird festgestellt:

Birte Engelberts Bürgervertreterin (Vorschlag der SPD-Fraktion)

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Stadtentwicklung Emden - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts;
- Bestellung des vorsitzenden Mitgliedes des Verwaltungsrates;
Vorlage: 18/0027/2

Herr Kruthoff erläutert, Herr Jahnke hätte bereits in der Vergangenheit standardmäßig den Vorsitz des Verwaltungsrates übernommen, da er intensiv in das operative Geschäft eingebunden sei. Mit der o. g. Vorlage möchte die Verwaltung dieses Vorgehen heute formal dauerhaft beschließen, so dass transparent werde, dass operatives Geschäft und Überwachung auf verschiedene Personen verteilt seien.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden bestellt

Herrn Ersten Stadtrat Horst Jahnke

zum vorsitzenden Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtentwicklung Emden;
Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die Sitzung des Rates

TOP 11 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 111 Abs. 8 NKomVG;
Vorlage: 18/1658

Herr Ohling erläutert die in der Vorlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und sonstigen Zuwendungen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Annahme der in der Begründung der Vorlage 18/1658 aufgeführten Spenden, Schenkungen / sonstigen Zuwendungen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 12 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 18/1657

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu:

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| I. | Zuschuss zum „Zukunftsprojekt“ der Kunsthalle Emden
(Verwaltungsvorstand) | 337.500 Euro |
| II. | Erneuerung Website (Ostfriesisches Landesmuseum Emden) | 50.000 Euro |

Deckungsvorschlag:

- I. Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 337.500 Euro erfolgt durch Einsparungen im Bereich der Zinsaufwendungen in der Allgemeinen Finanzwirtschaft.
- II. Die Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 50.000 Euro erfolgt über das Budget des Verwaltungsvorstandes. Hier sind Haushaltsreste vorhanden, die zur Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung verwendet werden können.

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Verzicht auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses 2021 und 2022
Vorlage: 18/1598

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden verzichtet gemäß § 128 Abs. 4 S. 3, 4 NKomVG auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Jahr 2021, da die Abschlüsse der Aufgabenträger für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung sind.

Niederschrift über die Sitzung des Rates

2. Der Rat der Stadt Emden verzichtet gemäß § 128 Abs. 4 S. 3, 4 NKomVG auf die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Jahr 2022, da die Abschlüsse der Aufgabenträger für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung sind.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die Sitzung des Rates

TOP 14 Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts 2023, Beschluss über die Behandlung des Jahresergebnisses 2023 und Entlastung der Betriebsleitung des Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden (Eigenbetrieb) für das Geschäftsjahr 2023;
Vorlage: 18/1581

Beschluss:

1. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 werden festgestellt.
2. Das Jahresergebnis 2023 in Höhe von 705.500,28 Euro wird auf neue Rechnung in das Folgejahr vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 15 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung der Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH (AWE) für das Geschäftsjahr 2023
Vorlage: 18/1637

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2023 anzunehmen,
2. den Bilanzgewinn in Höhe von 586.307,78 € auf neue Rechnung ins nächste Jahr vorzutragen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 16 Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Emden, Ergebnisverwendung und Entlastungserteilung für den Oberbürgermeister
Vorlage: 18/1618

Das vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffene Ratsmitglied nimmt an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2022,
2. die teilweise Entnahme des ordentlichen Fehlbetrages 2021 in Höhe von insgesamt 2.313.947,76 Euro aus der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses und die gleichzeitige Zuführung des außerordentlichen Überschusses des Jahresergebnisses 2022 in die Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.313.947,76 Euro gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG und § 24 Abs. 1 S. 2 KomHKVO,

Niederschrift über die Sitzung des Rates

3. den Vortrag des nicht aus Rücklagen zu deckenden ordentlichen Fehlbetrags 2022 in Höhe 18.583.593,31 € in der Bilanz gem. §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG und § 24 Abs. 2 Satz 1 KomHKVO
4. und gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2022.

Ergebnis: einstimmig

TOP 17 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Optimierten Regiebetriebes Kulturevents Emden, Ergebnisverwendung und Entlastungserteilung für den Oberbürgermeister;
Vorlage: 18/1632

Das vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffene Ratsmitglied nimmt an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Herr Eichhorn bittet im Interesse aller Ratsmitglieder darum, die Abschlüsse des o. g. Regiebetriebes zukünftig zu beschleunigen. Es falle ihm schwer, über Jahresabschlüsse Beschlüsse zu fassen, die mehrere Jahre zurücklägen. **Herr Jahnke** weist darauf hin, dass die Verwaltung bestrebt sei, immer aktueller mit den Abschlüssen zu werden. Das Ziel sei es, im Folgejahr dem Rat den Jahresabschluss des abgelaufenen Jahres zur Beschlussfassung vorzulegen. Dies gelte für den Kernhaushalt und die Gesellschaften).

Die Verwaltung hätte daher wunschgemäß im letzten Fachausschuss noch einmal einen Sachstandsbericht zu den einzelnen Jahresabschlüssen vorgelegt.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt

1. gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss 2021 des Optimierten Regiebetriebes 841 „kulturevents emden“,
2. die Zuführung des Jahresergebnisses in Höhe von 1.058.953,97 € gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG in die Rücklage (davon 1.055.050,84 € in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und 3.903,13 € in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses) und
3. gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Geschäftsjahr 2021.

Ergebnis: einstimmig

TOP 18 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Optimierten Regiebetriebes 836 Rettungsdienst, Ergebnisverwendung und Entlastungserteilung für den Oberbürgermeister;
Vorlage: 18/1638

Das vom Mitwirkungsverbot gem. § 41 NKomVG betroffene Ratsmitglied nimmt an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt

Niederschrift über die Sitzung des Rates

1. gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss des Optimierten Regiebetriebes 836 Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2020,
2. die Zuführung des Überschusses des Jahresergebnisses 2020 in Höhe von insgesamt 72.755,30 Euro in die Rücklage gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG (die Zuführung des Überschusses des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 72.755,30 Euro in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses) und
3. gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020.

Ergebnis: einstimmig

TOP 19 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK / Stadt Emden GbR für das Geschäftsjahr 2020
Vorlage: 18/1631

Beschluss:

1. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 werden festgestellt.
2. Das Jahresergebnis 2020 in Höhe von 141.027,38 Euro wird auf neue Rechnung in das Folgejahr vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür:35	Dagegen: 1	Enthaltungen: 0
----------	------------	-----------------

TOP 20 Bebauungsplan D 156 Conrebbersweg West IV. Abschnitt (Wohnen)
- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB (Stadium III);
Vorlage: 18/0518/3

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Einwendungen nach §§ 3 Abs. 2 sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach 4 Abs. 2 BauGB aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (Anlage 1 der Vorlage 18/0518/3) zu.
2. Der Bebauungsplan D 156 Conrebbersweg West IV. Abschnitt (Wohnen) mit seinen textlichen Festsetzungen (Anlage 2 der Vorlage 18/0518/1) und seiner Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3 der Vorlage 18/0518/3) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür:29	Dagegen: 7	Enthaltungen: 0
----------	------------	-----------------

Niederschrift über die Sitzung des Rates

- TOP 21 Bebauungsplan D 156 Conrebbersweg West I. Abschnitt (Erschließung);
- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB);
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Stadium III);
Vorlage: 18/1035/1

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Einwendungen nach §§ 3 Abs. 2 sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach 4 Abs. 2 BauGB aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (Anlage 1 der Vorlage 18/1035/1) zu.
2. Der Bebauungsplan D 156 Conrebbersweg West I. Abschnitt (Erschließung) mit seinen textlichen Festsetzungen (Anlage 2 der Vorlage 18/1035/1), seiner Begründung (Anlage 3 der Vorlage 18/1035/1) und dem Umweltbericht (Anlage 4 der Vorlage 18/1035/1) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 28	Dagegen: 7	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

- TOP 22 Bebauungsplan A 14, 2. Änderung "Neuer Markt";
Vorlage: 18/1605

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

- TOP 23 Änderung der Wochenmarktordnung;
Vorlage: 18/1619

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Emden über die Teilnahme an den Wochenmärkten (Wochenmarktordnung).

Ergebnis: einstimmig

- TOP 24 Neufassung der Taxiordnung der Stadt Emden;
Vorlage: 18/1615

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 18/1615 beigefügte Taxiordnung für die Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die Sitzung des Rates

TOP 25 Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden
Vorlage: 18/1617

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügte 19. Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26. Juni 1975.

Ergebnis: einstimmig

TOP 26 Änderung des Kosten- und Gebührentarifes über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben;
Vorlage: 18/1620

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügte 19. Änderungssatzung des Kosten- und Gebührentarifes über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 22. Februar 2007.

Ergebnis: einstimmig

TOP 27 Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden
Vorlage: 18/1621

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügte 8. Änderungssatzung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden in der Fassung vom 21.06.2017

Ergebnis: einstimmig

TOP 28 Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Überlassung von Schulräumen und Schulsportplätzen der Stadt Emden für schulfremde Zwecke vom 01.07.2025;
Vorlage: 18/1622

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Überlassung von Schulräumen und Schulsportplätzen der Stadt Emden für schulfremde Zwecke vom 01.07.2025. Alle zwischenzeitlich gefassten Beschlüsse im Rahmen der Überlassung von Schulräumen und Schulsportplätzen für schulfremde Zwecke werden aufgehoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 29 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Niederschrift über die Sitzung des Rates

TOP 30 Anfragen

Herr Göring erkundigt sich, wann mit einer Entscheidung zur Baumschutzsatzung gerechnet werden könne. Er erinnert daran, dass von der CDU-Fraktion seinerzeit weiterer Beratungsbedarf angekündigt worden sei. **Herr Verlee** zeigt sich verwundert über die Anfrage von Herrn Göring. Die Verwaltung hätte seinerzeit einen Entwurf eingebracht. Dieser sei auch mit allen Fraktionen diskutiert worden. Die CDU-Fraktion hätte damals – gemeinsam mit der SPD-Fraktion - einen beschlussfähigen Gegenentwurf vorgelegt. Der Wunsch der Gruppe GRÜNE feat. Urmel sei es gewesen, einen anderen gemeinsamen Beschluss herbeizuführen. Das Gesprächsangebot liege vor. Die CDU-/SPD-Fraktion würden an ihrem Gegenentwurf festhalten, solange kein anderer Entwurf vorliege. Sie hätten auch nicht den dringenden Bedarf, eine Änderung herbeizuführen. Dies sei der Wunsch der Gruppe GRÜNE feat. Urmel gewesen. **Herr Nützel** entgegnet, die CDU-/SPD-Fraktion hätten zwar einen Beschlussentwurf vorgelegt. Dieser sei aber offiziell noch nicht als Änderungsantrag eingebracht worden. Offiziell sei noch der Entwurf der Verwaltung auf der Tagesordnung.

Herr Renken nimmt Bezug auf die kommunale Wärmeplanung. Er erkundigt sich nach dem Grund der Verzögerung und wann tatsächlich eine entsprechende Vorlage im Rat erwartet werden könne. **Herr Kruithoff** sagt eine kurzfristige Antwort an die Fraktionsvorsitzenden zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.